

BERNER FREISINN

Bern Fraktion	2/3/4 8/9	Weissgeldstrategie Interview	11 12/13	Delegiertenversammlung Unter Freisinnigen	15 16	Bürokratie-Stopp!-Initiative Abstimmungen	17 18/19/20/21/22/23
------------------	--------------	---------------------------------	-------------	--	----------	--	-------------------------

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Bern

Inhalt

Grosser Rat

Adrian Kneubühler, Fraktionspräsident, berichtet über die Schwerpunkte in der Arbeit der FDP-Fraktion.

Seiten 2 und 3

Jura bernois: un statut particulier ...

J.-J. Schumacher raconte l'histoire du statut particulier du Jura bernois. Une procédure unique à ce jour dans les annales politiques suisses.

Seite 4

«Das «Feu sacré» war spürbar»

Pierre-Yves Grivel,
Kantonalpräsident ad interim,
Biel/Bienne

An der Klausursitzung der *FDP.Die Liberalen Kanton Bern* vom 21. Januar 2012 in Münsingen haben 120 Parteimitglieder engagiert über die Zukunft der FDP und über die wesentlichen Herausforderungen der kommenden Zeit diskutiert. Nach dem enttäuschenden Resultat bei den

Nationalratswahlen war die Durchführung eines solchen «Zukunftstages» beschlossen worden. Eingeladen waren die Sektionspräsident/innen, die Mitglieder der Grossratsfraktion und der Geschäftsleitung, das kantonale Wahlteam und weitere interessierte Personen. In mehreren Arbeitsgruppen wurden während des ganzen Tages verschiedene selbstkritische Fragen und Problemkreise ausführlich besprochen.

Ich möchte Sie kurz über die wichtigsten Erkenntnisse und die erste Analyse der Klausurtagung informieren.

Am Schluss des Tages konnte jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer sein persönliches FDP-Zukunftsbild auf einer Karte festhalten und in die «Future Box» werfen. Die Auswertung dieser Future-Karten liegt nun vor (siehe Grafik auf Seite 2).

Fortsetzung auf Seite 2

Die Parolen der Berner FDP für den 11. März 2012

NEIN zur Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

JA zur Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»

NEIN zur Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

JA zum Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)»

NEIN zum Bundesgesetz über die Buchpreisbindung



Impressionen der Klausurtagung vom 21. Januar 2012.

Fortsetzung von Seite 1

Am meisten genannt wurden die Bereiche Kommunikation, Parteiführung und Parteiprofil.

■ Rund ein Fünftel der Nennungen betraf die Kommunikation. Viele wünschen sich eine klarere und verständlichere Parteikommunikation.

■ Ein weiterer Fünftel der Nennungen betraf die Parteiführung. Man wünscht sich hervorragende Leadership, starke Köpfe und klare Strukturen.

■ Rund 13 Prozent der Nennungen bezogen sich auf das Parteiprofil. Der Tenor dabei war, das Profil zu schärfen, klare Positionen zu beziehen und Themenführerschaft zu übernehmen.

■ Je 8 Prozent der Nennungen bezogen sich auf die Geschlossenheit nach aussen und die Identifikation der Mitglieder mit der Partei. Man müsse intern intensiv diskutieren, die Meinungen dürften auch kontrovers sein. Nach aussen müsse man jedoch geschlossen auftreten.

■ Die anderen 30 Prozent der Nennungen betreffen viele verschiedene

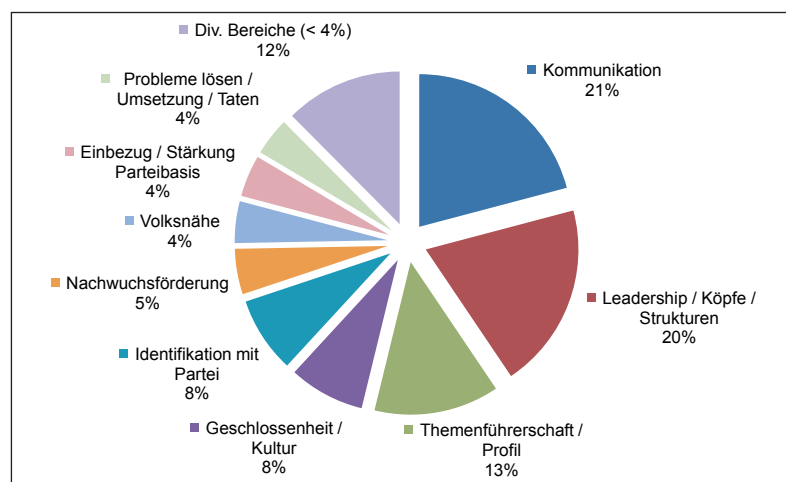
Felder. Relativ häufig genannt wurden die Bereiche Nachwuchsförderung, Volksnähe, Einbezug und Stärkung der Parteibasis sowie Problemlösung und Umsetzung.

Zum Teil wurden auch Aussagen zur thematischen Ausrichtung der Partei gemacht. Dies war jedoch nicht primäres Ziel der Klausur. Deshalb gehe ich im Moment nicht darauf ein. Das Thema wird aber mit Sicherheit

im Schlussbericht behandelt. Dies also ein erster Ausschnitt aus der Klausurtagung. Ich möchte mich nochmals bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung bedanken. Es ist nicht selbstverständlich, einen ganzen Tag und erst noch einen Teil des Wochenendes für die Partei zu opfern. Einen besonderen Dank richte ich an die Sponsoren der Tagung, die Firma Ammann AG Langenthal und

das Hotel Löwen Münsingen, den Moderator Tom Rychiger und das OK-Team. Ich fand es eine hervorragende Veranstaltung, die Stimmung war sehr gut und das «feu sacré» spürbar. Diese positive Stimmung gilt es nun in die Zukunft zu tragen und an den Herausforderungen und Defiziten der Partei zu arbeiten. So werden wir Freisinnigen den Turnaround schaffen, davon bin ich überzeugt. Ich danke Ihnen, dass Sie uns auf diesem Weg unterstützen.

Wie geht es nun weiter? Die Unterlagen der Klausurtagung werden durch das Parteisekretariat in einem Bericht zusammengefasst. Ein erster Entwurf liegt bereits vor. Dieser wird im Februar im OK-Team und Anfang März im GL-Ausschuss diskutiert. Der bereinigte Bericht wird den Sektionspräsidenten zusammen mit der Einladung zur Präsidentenkonferenz zu gestellt. Gleichzeitig werden die Klausurteilnehmer bedient. An der Präsidentenkonferenz vom 28. März in Bern wird der Bericht dann vorgestellt, diskutiert und verabschiedet.



Auswertung der Nennungen in der «Future Box».

Grosser Rat

Schwerpunkte in der Arbeit der FDP-Fraktion im Grossen Rat

Adrian Kneubühler,
Fraktionspräsident, Nidau

Die FDP-Fraktion sieht sich seit den kantonalen Wahlen im März 2010 in einer neuen und wohl auch schwierigen Rolle. Die FDP muss sich vorläufig damit abfinden, dass wir auf kantonaler Ebene nur noch die drittgrösste bürgerliche Fraktion nach SVP und BDP sind. Die Fraktion steht vor der schwierigen Aufgabe, in dieser neuen Rolle ein geschärftes Profil zu finden und sich in diesem Sinne von den beiden bürgerlichen Schwesterparteien abzugrenzen. Auf der anderen Seite müssen wir auch eine Art Vermittler- und Führungsrolle zwischen SVP und BDP wahrnehmen, damit die an und für sich komfortable bürgerliche Mehrheit im Parlament gegenüber der rotgrünen Mehrheit in der

Kantonsregierung auch wirklich spielt. Zudem soll das Fernziel – die Rückeroberung der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat – nicht aus den Augen verloren werden. Diese Aufgabe ist mehr als schwierig zwischen einer SVP, die ihren Weg selten bis nie verlässt – auch wenn er in die Irre führt – und einer BDP, die ihren Weg häufig noch sucht. Zwar hat sich die Atmosphäre zwischen den beiden Schwesterparteien verbessert, von «Liebe» kann jedoch keine Rede sein... In diesem schwierigen Umfeld hat die FDP-Fraktion versucht, in folgenden Bereichen Schwerpunkte zu setzen:

1. Gesundheits- und Sozial(hilfe)politik

Die FDP-Fraktion hat schon vor längerer Zeit gesetzliche Grundlagen für

den offenen und verdeckten Einsatz von Sozialinspektoren sowie weitere Hilfe zur Verhinderung des Sozialhilfemissbrauchs gefordert. Der stetige Druck hat sich hier gelohnt. Es konnte ein neues Sozialhilfegesetz mit klaren Grundlagen für die Missbrauchsbekämpfung und für den Datenverkehr zwischen den Behörden verabschiedet werden. Unter Führung der freisinnigen Fraktion hat hier die bürgerliche Mehrheit gut gespielt. Beim zweiten Schwerpunktthema «Spitalversorgung» kann ich das leider nicht behaupten. Unsere Fraktion ist leider die einzige, die bei der Spitalversorgung nicht dem Glauben an eine allmächtige Staatsmedizin verfällt. Der Glaube, dass der Staat «planen muss», ist leider auch bei den bürgerlichen Schwesterparteien weit verbreitet. Dank freisin-

niger Initiative fand eine Sondersession zur Gesundheitspolitik statt. Hier gelang es, «1 Minute vor 12» den bürgerlichen Schwesterparteien die Augen zu öffnen und das Schlimmste zu verhindern (grosser Dank an Katrin Zumstein!). Es gelang im Rahmen der Debatte über den Bericht zur Spitalversorgung doch noch, auf den Prozess zur Erarbeitung einer Spitalliste Einfluss zu nehmen. Auch wenn ich nicht blind den Argumenten der Privatspitäler folge, war der erste Entwurf der Spitalliste dennoch schlicht haarsträubend (Mengenbeschränkungen auf Betriebsebene und sonstige Staatsplanung im Detail). Immerhin scheint der Gesundheitsdirektor spät, aber dennoch die Signale aufzunehmen...

Fortsetzung auf Seite 3

2. Finanzpolitik (mit Sonderproblem der Bernischen Pensionskassen BPK und BLVK)

Finanzpolitik war, ist und bleibt immer ein freisinniges Schwerpunktthema. Die FDP-Fraktion war bestrebt, ein Defizit im Voranschlag für 2012 zu verhindern. Die Fraktion hat mitgeholfen, dass das von der Finanzkommission in Zusammenarbeit mit der Regierung erarbeitete Sparpaket unverändert beschlossen wurde. Der Voranschlag schliesst zwar ausgeglichen ab. Aus persönlicher Sicht bin ich jedoch etwas enttäuscht, dass dieses Ziel nur gelang, indem im Jahr 2012 noch einmal die «alten» Motorfahrzeugsteuern budgetiert wurden... Es sollte ein ständiges Ziel einer FDP-Fraktion sein, für eine möglichst tiefe Steuerbelastung zu sorgen (Einkommens- und Vermögenssteuern). Ich stelle jedoch

fest, dass wir von diesem Ziel noch ein weites Stück entfernt sind. Leider verhindern jedoch zweit- und drittklassige Steuersenkungsbegehren (Motorfahrzeugsteuern und Handänderungssteuern) sowie der komplett fehlende Schuldenabbau- und Steuersenkungswille der rotgrünen Regierung diese Zielsetzung zumindest kurz- und mittelfristig. Zudem wird das finanzpolitische Hauptproblem – die Sanierung der beiden bernischen Pensionskassen – schlicht totgeschwiegen. Die FDP-Fraktion lehnt substanzielle Lohnerhöhungen ab, solange nicht zumindest ein tragfähiger Grundsatzentscheid für die Sanierung mit Primatwechsel gefällt ist. Es darf nicht sein, dass die Sanierung auf kommende Generationen verschoben wird und einzig der Steuerzahler die Kosten in Milliardenhöhe berappen soll.

3. Energiepolitik

Die FDP-Fraktion hat versucht, in der Energiepolitik eine vermittelnde Führungsrolle wahrzunehmen. Im Rahmen der Wassernutzungsstrategie ist dies gelungen. Die FDP-Fraktion hat einen Schiffbruch verhindert, der Regierung jedoch klar den Auftrag gegeben, die Strategie in dem Sinne zu überarbeiten, dass die Wasserkraft intensiver genutzt werden muss, wenn die Energiewende tatsächlich konkret ins Auge gefasst werden soll. Die Fraktion hat sich in dieser Frage klar von BDP und SVP abgegrenzt. Interessant: Auf nationaler Ebene gebärdet sich die BDP als Atomausstiegs- und Energiewendepartei. Auf kantonaler Ebene ist von dieser nationalen BDP-Politik bis anhin wenig bis nichts zu spüren... Auf Wunsch der Parteileitung hat die FDP-Fraktion zur Initia-

tive «BERNerneuierbar» einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser Gegenvorschlag wurde, wie auch die Initiative, von den Wirtschaftsverbänden stark kritisiert. Aus diesem Grund hat die Fraktion einer unpopulären Zusatzschleife zwecks Abklärung der Übereinstimmung mit dem Bundesrecht zugestimmt. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Zeilen sind intensive Verhandlungen über Vor- und Nachteile eines Gegenvorschlags im Gang. Persönlich bin ich der Meinung, dass die Fraktion einem Gegenvorschlag im Grossen Rat zum Durchbruch verhelfen muss. Alles andere wäre inkonsequent. Auf diese Weise hat dann die Delegiertenversammlung Gelegenheit, die energiepolitische Ausrichtung der Kantonalpartei zu entscheiden.

Anzeige

Seit 100 Jahren bärenstark für den Service Public.

Der Bernische Staatspersonalverband (BSPV) vertritt seit 100 Jahren die Angestellten des Kantons Bern. Engagiert, solidarisch und zukunftsorientiert kämpfen wir für fortschrittliche Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Renten. Fast 7000 Mitglieder stark, feiert der BSPV dieses Jahr sein 100. Jubiläum.

Treten auch Sie bei!

www.bspv.ch

100 Jahre
BSPV



Der starke Personalverband

Le Jura bernois: un statut particulier...

Après plusieurs siècles de destin commun, d'abord au sein de l'Evêché de Bâle, puis dès 1815 dans le canton de Berne, trois districts jurassiens se séparèrent dans les années septante. En adoptant l'additif constitutionnel en 1970, le peuple de l'Ancien canton et du Jura, accordait à la région jurassienne le droit de choisir elle-même son appartenance cantonale. Cette procédure est à ce jour unique dans les annales politiques suisses.

J.-J. Schumacher

A l'issue des plébiscites, organisés en 1974 et 1975, les trois districts du Nord décidèrent de créer le canton du Jura. Les trois districts du Sud (Moutier, Courtelary et La Neuveville), choisirent pour leur part de rester dans le canton de Berne. Dès l'entrée en souveraineté du nouveau canton se tinrent régulièrement des séances tripartites (CH/BE et JU) dans le but de trouver des solutions aux problèmes non résolus lors de la création du 23^{ème} canton suisse. Dès qu'il y eut ratification du partage des biens, les tripartites devinrent inutiles. Pourtant, du côté de la Confédération, on était d'avis que peut-être, la Question jurassienne n'était pas totalement réglée.

Retour de la violence

La recrudescence d'actes de violence pouvait laisser penser que la région



Moutier et sa région.

Ursprung des Sonderstatus

Der vom Kanton Bern bestellte Bericht Haenni stellte fest, dass das numerische Ungleichgewicht zwischen den Sprachen beunruhigend sei. Deshalb solle die französisch sprechende Minderheit festlegen in welchen Bereichen Entscheidungskompetenzen an sie delegiert werden sollten. In der kantonalen Verfassung von 1995 erhielt der Berner Jura einen Sonderstatus; die französische Sprache wird, neben der deutschen, als gleichberechtigt anerkannt. Es ist unbestritten, dass der Einsatz des freisinnigen Regierungsrates Mario Annoni in bedeutendem Masse dazu beigetragen hat, die während über 20 Jahren festgefahrene Situation aufzulockern. PS

jurassienne allait une nouvelle fois connaître un climat de tension (incendies, attentat contre la villa du Conseiller d'Etat Annoni, décès de l'activiste jurassien Christophe Bader tué par l'explosion de sa bombe, etc). L'arrivée d'Arnold Koller au Conseil fédéral permit une écoute plus attentive du problème jurassien.

Il est vrai que Kurt Furgler n'avait plus envie de s'atteler à nouveau à ce dossier. Sur proposition du Conseiller fédéral Koller, une commission fut mise sur pied, sous la présidence de l'ancien maire de Zürich, Sigmund Widmer. Le 31 mars 1993, la commission Widmer déposait son rapport. Ce rapport préconisait dans sa 2^{ème} étape la création d'un nouveau canton, englobant le Jura et le Jura bernois. Le rapport Widmer était certainement maladroit vis-à-vis du Jura bernois. On se souvient des réactions très négatives qu'il engendra.

Rapport Haenni

En revanche, le rapport Haenni, commandé par le canton de Berne, posait un constat sans complaisance de la situation du Jura bernois dans le canton de Berne. L'ancien chancelier du canton de Genève constatait en particulier que le «déséquilibre numérique entre la majorité alémanique du canton et la minorité francophone était inquiétant» et que les Jurassiens bernois devaient indiquer les secteurs où ils désiraient un pouvoir décisionnel accru. L'autonomie progressive et la relativisation des frontières furent les deux éléments importants qui influencèrent largement la politique bernoise vis-à-vis du Jura bernois et de ses relations avec la République et canton du Jura.

Vers un statut particulier

La nouvelle constitution bernoise, entrée en vigueur en 1995, a largement

tenu compte du contenu du Rapport Haenni. S'agissant du Jura bernois, un «statut particulier» (et non plus de simples droits de coopération) a été reconnu au Jura bernois (art. 5) ainsi que l'élévation du français au rang de langue officielle du canton au même titre que l'allemand (art. 6). Il est certain, que l'engagement du radical Mario Annoni, membre du gouvernement cantonal, a largement contribué à faire évoluer une situation figée depuis plus de 20 ans.

Dans notre prochain article, nous examinerons deux conséquences importantes de l'évolution de la politique bernoise vis-à-vis du Jura bernois, à savoir la signature de l'Accord du 25 mars 1994, instituant l'Assemblée interjurassienne et la Loi sur le statut particulier du Jura bernois instituant le Conseil du Jura bernois.